

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

02.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Kritik von Umweltverbänden Sicherheitskonzept für atomares Zwischenlager Lubmin unzureichend</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 01.09.2022</i> .....	3
2   <b>Bericht über geplantes Sprengstoffattentat auf DIESES deutsche Atomkraftwerk: Was ist dran – und wie groß ist das Risiko?</b> <i>Berliner-Kurier.de, 01.09.2022</i> .....	5
3   <b>Lubmin: Hunderte wollen gegen die aktuelle Energiepolitik protestieren</b> <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 02.09.2022</i> .....	7
4   <b>„Der Nachwuchs fehlt – überall“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 02.09.2022</i> .....	9
5   <b>Weiterbetrieb rückt näher</b> <i>Handelsblatt, 02.09.2022</i> .....	11

## Kritik von Umweltverbänden Sicherheitskonzept für atomares Zwischenlager Lubmin unzureichend

„Wir haben immer gesagt, dass das Zwischenlager Lubmin gegen Terroranschläge und gezielte militärische Angriffe nicht ausreichend geschützt ist“, sagte am Donnerstag die Landesgeschäftsführerin des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Mecklenburg-Vorpommern, Corinna Cwielag, unserer Redaktion. Angesichts der Beschießung ukrainischer Atomkraftwerke müssten Sicherheitskonzepte für atomare Standorte in Deutschland auf den Prüfstand. Zudem wurde zu Wochenbeginn in verschiedenen Medien über einen möglichen geplanten Terroranschlag auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Lubmin mit 200 Kilogramm Sprengstoff spekuliert. In Hamburg gab es in dem Zusammenhang drei Hausdurchsuchungen wegen vermuteter Verstöße gegen das Waffen- und gegen das Sprengstoffgesetz. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft Hamburg bestätigte angeblichen Terrorpläne allerdings nicht.

In Halle 8 des atomaren Zwischenlagers Lubmin am Greifswalder Bodden lagern seit Jahren 74 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen unter anderem aus den ehemaligen Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg. Die seit der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 verschärften deutschen Sicherheitsvorschriften kann die Anlage längst nicht mehr erfüllen. Deshalb muss bis 2027 ein neues Zwischenlager gebaut werden. Die Planungen sind abgeschlossen und das Projekt befindet sich in der Genehmigungsphase. Der Baubeginn ist für Ende 2023 geplant.

### „Lubmin darf nicht so gebaut werden“

Das Sicherheitskonzept für das neue Zwischenlager sei völlig unzureichend, kritisiert unter anderen der BUND. „Lubmin darf so nicht gebaut werden. Die bisherige Planung ist unzureichend“, sagte Bundesgeschäftsführerin Antje von Broock.

Dabei geht es auch um den Schutz vor Terrorangriffen und den Beschuss durch panzerbrechende Waffen. Der Betreiber des Zwischenlagers, das bundeseigene **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**, geht in den Planungsunterlagen für die neue Anlage ausführlich

auf den „zufälligen Absturz eines schnell fliegenden Militärflugzeuges“ auf das Lager ein. Die Planungen gehen davon aus, dass durch die massive Baukonstruktion, die Dicke des Betons und Sicherung der Eingänge die Standsicherheit des Lagergebäudes auch im Falle eines Flugzeugabsturzes gewährleistet sei. Weder das Militärflugzeug noch das mitgeführte Kerosin würden in das Gebäude eindringen. Auch abstürzende Teile der Betondecke könnten keine relevanten Schäden an den doppelwandigen Castoren anrichten.

Offiziell teilt **EWN** mit: „Die von der **EWN** umzusetzenden Sicherungsmaßnahmen für das ESTRAL (Ersatztransportbehälterlager d. R.) werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens festgelegt. Diese Sicherungsmaßnahmen sind eng mit den staatlichen Schutzmaßnahmen verzahnt.“

### Nicht alle Szenarien berücksichtigt

Nach Ansicht des BUND ist die Betrachtung eines zufälligen Absturzes eines Militärflugzeugs allerdings nicht ausreichend. „Angesichts des momentanen Krieges in der Ukraine ist auch zu prüfen, ob ein Absturz eines mit Waffen beladenen Militärflugzeugs zu analysieren wäre“, heißt es in einer Stellungnahme des BUND dazu. Es müsse außerdem berücksichtigt werden, dass bei einem gezielten Absturz eines Verkehrsflugzeug die mechanischen und thermischen Auswirkungen aufgrund der größeren Masse und Kerosinmenge wesentlich größer sein könnten.

### Vorbild für andere Planungen

In Deutschland gibt es 15 weitere atomare Zwischenlager. Von Broock betonte deshalb die Tragweite des derzeitigen Genehmigungsverfahrens in Mecklenburg-Vorpommern für die ganze Bundesrepublik: „Das neue Zwischenlager Lubmin wird zum Vergleichsfall für andere Zwischenlagerplanungen in Deutschland. Aus Sicht des BUND muss ein deutlich höherer Standard gelten, als bisher geplant.“

Auch die Grünen im Schweriner Landtag kritisierten

die Sicherheit im Zwischenlager: „Der bauliche Zustand des Bereichs für hochradioaktive Abfälle im Zwischenlager Nord wird den heutigen Sicherheitsanfor-

derungen nicht mehr gerecht. Überhaupt ist es fraglich, ob dies jemals der Fall war“, sagte der energiepolitische Sprecher Hannes Damm.



*Lubmin aus der Vogelperspektive.*

**DDR-AKW LUBMIN BEI GREIFSWALD****Bericht über geplantes Sprengstoffattentat auf DIESES deutsche Atomkraftwerk: Was ist dran – und wie groß ist das Risiko?**

Wie groß das Sicherheitsrisiko um Atomkraftwerke ist, erlebt die Welt jeden Tag rund um das größte Kernkraftwerk Saporischschja in der Ukraine: Das riesige Atomkraftwerk mit fünf Reaktorblöcken liegt im Südosten der Ukraine, mitten im Kriegsgebiet und wurde mehrfach gezielt beschossen, offenbar von Russland, das dies allerdings bestreitet. Würde die Sicherheitsummantelung um die Kernbrennstäbe oder andere sicherheitsrelevante Teile beschädigt werden, könnte das Kraftwerk zu einem Strahlenrisiko für ganz Europa werden.

**200 Kilo C4-Sprengstoff aus dänischem Militärdepot entwendet – sollte er in deutschem AKW explodieren?**

Mit ähnlichen Ängsten operieren Terrorgruppen seit längerem. Zum Glück sind derartige Planspiele bislang noch nicht in die Tat umgesetzt worden, doch einem Bild-Bericht zufolge sollen Kriminelle konkrete Anschlagpläne gegen ein deutsches Atomkraftwerk verfolgt haben.

Hintergrund ist ein Polizeieinsatz vom 20. August im niedersächsischen Asendorf. Zusammen mit Sprengstoffexperten und einem gepanzerten Fahrzeug hatten Polizisten ein Waldgrundstück gestürmt. Laut Bild sollen die Ermittler bei dem Einsatz vergeblich nach 200 Kilo C4-Sprengstoff gesucht haben, der vor acht Jahren aus einem Militärdepot in Dänemark nach Deutschland geschmuggelt worden sein soll.

**Angriffsziel soll das stillgelegte DDR-Atomkraftwerk Lubmin gewesen sein – nebenan liegt ein Atom-Zwischenlager**

Der Bericht bringt diesen Einsatz in den Zusammenhang mit einer Festnahme in Hamburg: Wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft bestätigte, sitzt ein 34-Jähriger wegen des Verdachts auf Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz seit dem 21. August in Haft. Bei dem Zugriff in zwei Wohnungen fanden Polizisten unter anderem eine Maschinepistole und einen Schalldämpfer. Zum Bild-Bericht, nachdem dieser mit einem weiteren Verdächtigen mit dem mutmaßlichen Sprengstoff einen Anschlag geplant hätten, sagte die Sprecherin wörtlich: „Es gibt keine validen Anhaltspunkte für einen Anschlag auf was auch immer.“

Die Bild beruft sich bei ihrem Bericht auf Recherchen, wonach die Behörden einen Hinweis erhalten haben sollen, Anschlagziel sei ein stillgelegtes Atomkraftwerk gewesen. Dabei handelt es sich um das ehemalige DDR-Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald. Bekannt wurde dieses in der Wendezeit wegen einer Reihe bis dahin nicht öffentlich gemachter Störfälle und erheblicher Sicherheitsprobleme.

Zwar wurde das AKW Lubmin vor diesem Hintergrund bereits kurz nach der Wende 1990 abgeschaltet und 1995 stillgelegt. In der Ruine sind jedoch weiterhin radioaktiv verstrahlte Objekte, die in einem aufwendigen Rückbau dekontaminiert werden müssen. Direkt neben dem stillgelegten Kraftwerk liegt ein Zwischenlager, in dem radioaktive Materialien aufbewahrt werden, bis sie in einem Endlager lagern sollen. Tatsächlich gibt es aber bis heute in Deutschland kein einziges betriebsfertiges Endlager.



*Castorbehälter aus dem inzwischen abgeschalteten Atomkraftwerk in Lubmin bei Greifswald.*

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 02.09.2022 | S. 12

📄 Auflage: 10.644 | Reichweite: 29.582

👤 Cornelia Meerkatz, Katharina Degrassi

## KUNDGEBUNG GEGEN AKTUELLE ENERGIEPOLITIK

# Lubmin: Hunderte wollen gegen die aktuelle Energiepolitik protestieren

**Auf einer Kundgebung soll Forderung nach Öffnung von Nord Stream 2 untermauert werden. Organisatoren sind die Gruppe Montags-Demo MV und die Kreisverbände von dieBasis und der AfD.**

Unter dem Motto „Nord Stream 2 in Betrieb nehmen - Bürgerdialog, jetzt reden wir“ laden die Gruppen Montags-Demo MV sowie die Kreisverbände Vorpommern-Greifswald der Parteien dieBasis und der AfD am Sonntag zu einem Bürgerdialog nach Lubmin ein. Kernforderung ist bezahlbares und umweltfreundliches Gas und die sofortige Öffnung von Nord Stream 2. Thematisiert werden soll auch das Nein zu überbezahltem und umweltschädlichem Fracking LNG sowie das Nein zu LNG-Terminals und LNG-Frachtern im Bodden.

Anmelder der Kundgebung - eine Demo ist nicht vorgesehen - ist Martin Klein. Er ist Mitglied der coronakritischen Partei „dieBasis“ und gehört zum Organisationserteam der Greifswalder Montagsdemos. Dort trat er mehrfach öffentlich auf und sprach gegen die „Systemmedien“ und von „Lügenpresse“. Zudem forderte er mehrfach während der Demos ein „Nürnberg 2.0“. Dahinter verbirgt sich die in der Querdenker- und Corona-Leugner-Szene weit verbreitete Forderung nach einer Neuauflage der Nürnberger Prozesse. Damals wurden etliche Verantwortliche für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges zum Tode verurteilt.

### Wann und wo ist Treffpunkt?

Der Beginn wurde auf 14 Uhr am Sonntag, dem 4. September, festgelegt. Treffpunkt ist am alten Bahnhof in Lubmin, also der Platz hinter dem Seebadzentrum. Der ursprüngliche Plan, die Kundgebung an der Seebrücke durchzuführen, wurde durch die Versammlungsbehörde des Landkreises nicht genehmigt.

### Wie viele Teilnehmer werden erwartet?

Martin Klein hat gegenüber der Versammlungsbehörde offiziell 500 Teilnehmer angemeldet. Die Organisa-

toren hoffen aber insgeheim, dass mindestens 1000 Teilnehmer nach Lubmin kommen. Für die angemeldete Teilnehmerzahl fordert die Versammlungsbehörde eine festgelegte Zahl an Ordnern, die während der Veranstaltung auch als solche zu erkennen sind. Wenn sich zu Beginn der Kundgebung herausstellt, dass mehr als 500 Teilnehmer vor Ort sind, muss die Zahl der Ordner vor Beginn der Veranstaltung entsprechend erhöht werden.

### Wie steht der Bürgermeister des Seebades Lubmin zur Veranstaltung?

Bürgermeister Axel Vogt (parteilos) hat angesichts der aktuellen Entwicklung in Deutschland Verständnis für das Anliegen der Kundgebung. „Das Vertrauen der Menschen, dass die jetzige Bundesregierung diese Energiekrise und die damit verbundenen riesigen Probleme zum Wohle der Menschen in den Griff bekommt, sinkt täglich. Das spüre und höre ich jeden Tag in den zahlreichen Diskussionen, die ich mit den Menschen vor Ort führe“, sagt Axel Vogt.

Dass Lubmin als Veranstaltungsort ausgesucht wurde, kann er ebenfalls nachvollziehen. „Hier sind die Anlandestationen der beiden Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Wenn beide Leitungen voll in Betrieb wären, könnten pro Jahr 130 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland fließen“, so Vogt. Für ihn steht fest: „Die aktuelle Energiepolitik der Bundesregierung ist in all ihren Auswirkungen für die Menschen noch gar nicht fassbar.“

An der Kundgebung am Sonntagnachmittag wird der Bürgermeister aber nicht teilnehmen, da er schon vor Bekanntwerden des Termins andere Verpflichtungen eingegangen ist. Er schätzt, dass deutlich mehr als 500

Menschen nach Lubmin kommen werden. Er appelliert im Vorfeld an alle Teilnehmer, sich friedlich und störungsfrei zu verhalten und die Menschen und das Eigentum in seiner Gemeinde zu achten.

### **Wer sichert die Veranstaltung ab?**

Die Beamten des Polizeireviers Wolgast sichern die angemeldete Kundgebung ab. Revierleiter Andreas Pantermehl versicherte auf Nachfrage, dass genügend Beamte vor Ort sein werden, damit alles ruhig abläuft.

### **Wo können Teilnehmer der Kundgebung parken?**

Es können innerorts alle öffentlich ausgewiesenen Parkflächen genutzt werden. Sie befinden sich allerdings nicht alle in unmittelbarer Nähe des Versammlungsortes. Für die Wusterhusener und die Freester Straße als Hauptzufahrtstraßen ins Seebad und zur Absicherung der Rettungswege gibt es am Sonntag ein besonderes Parkverbot, das auch ausgeschildert ist.

### **Welche Argumente haben die möglichen Teilnehmer?**

Ein 59-jähriger Greifswalder will am Sonntag auf jeden Fall dabei sein in Lubmin. „Zum letzten Mal war ich 1989 demonstrieren. Jetzt gehe ich wieder auf die Straße, gemeinsam mit meiner ganzen Familie. Wir müssen ein Zeichen setzen, dass es so nicht weitergehen kann“, sagt der Familienvater. „Ich bin nicht rechts und nicht links, sondern stehe absolut in der Mitte, so wie alle Leute, die ich kenne, ebenfalls hinkommen wollen. Wir sind alles ganz normale Menschen“, sagt der Greifswalder.

Er kritisiert, dass die Bürger von der aktuellen Politik total kaputt gemacht würden. Seine Gaskosten seien von 200 auf 760 Euro gestiegen. Irgendwann müssten sich die Menschen entscheiden, ob sie essen oder heizen wollen. „Es bringt nichts zu sagen, dass Nordstream 2 zu öffnen keinen Erfolg haben wird. Wir müssen es erst mal versuchen.“

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 02.09.2022 | S. 10

📄 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

👤 Klaus Amberger

## AUSBILDUNG

# „Der Nachwuchs fehlt – überall“

**Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen. Viele junge Leute sind froh, endlich in der Lehre zu sein und anzupacken. Aber bei den jungen Leuten gibt es einen Trend.**

Alles ist noch neu und ungewohnt. Für Celine Pergande aus der Nähe von Ribnitz-Damgarten hat gerade die (duale) Ausbildung begonnen. „Meine ersten Tage in der Berufsschule habe ich hinter mir“, erzählt die 18-Jährige. „Ich war zu Beginn schon etwas nervös.“ Die junge Frau möchte Steuerfachangestellte werden. Im August hat sie schon in ihrem Ausbildungsbetrieb, Ecovis Range & Thätner Steuerberater Ribnitz-Damgarten, die Abläufe kennengelernt.

Beinahe 19 000 Berufsschüler gibt es derzeit in Mecklenburg-Vorpommern. Am vergangenen Montag starteten wieder alle Berufsschulen ihren Unterricht, gestern begann offiziell das neue Ausbildungsjahr. Die Arbeitsagentur Nord meldet noch 3900 unbesetzte Ausbildungsplätze - unbestätigten Angaben zufolge kann jeder zweite Betrieb nicht alle seine Ausbildungsplätze besetzen.

„Trotz des offiziellen Ausbildungsbeginns sind die Daten nur eine Momentaufnahme, weil der Ausbildungsmarkt nach wie vor in Bewegung ist“, sagt Markus Biercher, Chef der Regionaldirektion Nord. „Speziell im Einzelhandel, in der Gastronomie und im Handwerk sind noch zahlreiche Plätze frei.“

Sabine Zinzgraf von der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Rostock sagt, dass in der Logistikbranche viele Azubis fehlten. „Zum Beispiel werden dringend Azubis gesucht, die Bus- oder Lkw-Fahrer werden möchten“, sagt sie. Fast 1400 neue Ausbildungsverträge hat die IHK bis zum Anfang August registriert. „Es hätten sogar noch mehr werden können, gäbe es nicht einen deutlichen Rückgang bei den gewerblich-technischen Berufen. Die Insolvenz der MV Werften und die Schließung der Nordex- und Caterpillar-Standorte haben hier Ausbildungsplätze gekostet.“

Aurimas Vaisvilas kam vor elf Jahren aus Litauen nach Rostock. Nun erlernt er den Beruf des Hafenlogistiklers

bei der Rostocker Firma Karpack, die spezialisiert ist auf das Verpacken und Stauen vor allem maritimer Transportgüter. „Ausschlaggebend für die Wahl des Berufes war ein vierwöchiges Praktikum bei Karpack in den letzten Schulferien“, berichtet der 19-Jährige. Jetzt beginnt schon sein zweites Lehrjahr. „Ich wollte einen Job, bei dem man anpacken kann und jeden Tag neue Herausforderungen hat“, fasst er seine Motivation zusammen.

Zu den beliebtesten Ausbildungsberufen in MV gehören Verkäufer, Kaufleute im Einzelhandel Köche, Hotelfachleute, Kfz-Mechatroniker oder beispielsweise Lagerlogistiker. 1000 Neuverträge in der Ausbildung wurden (Stand 31. August) im Bereich der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern (HWK) abgeschlossen. „Zu den ausbildungsstärksten Gewerken gehören etwa Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik oder Tischler und Land- und Baumaschinenmechaniker“, sagt Jens-Uwe Hopf, HWK-Hauptgeschäftsführer. 420 freie Plätze gebe es noch. „Gerade mit Blick auf die Herausforderungen der Energiekrise und die Ziele der Energiewende sind Handwerker mehr denn je gefragt“, sagt Hopf.

Die IHK Neubrandenburg hat 1135 Neuverträge in ihrem Bezirk registriert (Stand 1. September). Das sei ein kleines Minus im Vergleich zum Vorjahr, sagt Heide Koßmehl, Koordinatorin Aus- und Weiterbildung. „Aber die Betriebe machen noch viele Aktionen und die Beratungen laufen, um Azubis zu bekommen.“ Das Problem ist aber: „Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist größer als die Anzahl der unversorgten Bewerber.“ Warum dennoch viele junge Leute noch unentschlossen seien, wisse man nicht. Das Herausschieben der Entscheidung für eine Ausbildung sei ein Trend. Dagegen möchte die IHK mit Berufsorientierung, Zusammenarbeit mit Schulen und Mut-Machen entgegenwirken.

In der Schweriner IHK spricht man von einem soliden Ausbildungsstart: 1125 Ausbildungsverträge wurden per 1. September in Westmecklenburg geschlossen. Ein leichter Rückgang, so viele wie 2019. Derzeit laufen noch Nachvermittlungaktionen.

Und was sagen die Unternehmer zur Situation? Jens Matschitz von der Vereinigung der Unternehmensverbände für MV sagt: „Die Jugendlichen sind, wie sie sind.“ Aber: „Der Nachwuchs fehlt, überall, in allen Branchen.“ Jedoch helfe kein Jammern, dennoch gebe es eine besorgte Stimmung. Die Jugendlichen hätten Erwartungen: Sie wollen bessere Berufsschulen und attraktive Ausbildungsbetriebe. „Es spielt auch die Mobilität der jungen Leute eine Rolle.“ Nicht allen

nütze das Azubi-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr. „Es muss Lösungen geben für Gebiete, wo kaum ein Bus fährt.“

Für Celinde Pergande aus Ribnitz-Damgarten geht es mit dem Zug zur Berufsschule, ihr Betrieb liegt relativ nah am Wohnort. „Vieles, was jetzt in der Ausbildung auf mich zukommt, ist noch recht anstrengend, weil ich noch unwissend bin“, sagt sie. „Aber ich merke, dass ich keine falsche Entscheidung getroffen habe, es ist genau der richtige Beruf für mich.“

**Zitat-Text:**

**„Ich wollte einen Job, bei dem man anpacken kann.“ - Aurimas Vaisvilas, Hafenlogistiker-Azubi**

## Weiterbetrieb rückt näher

*Der von Minister Habeck in Auftrag gegebene Stresstest legt einen vorläufigen Weiterbetrieb der AKW nahe. Die finale Entscheidung steht indes noch aus.*

In Deutschland wird es voraussichtlich länger Strom aus Atomkraft geben als bisher von der Bundesregierung geplant. Darauf deutet der zweite Stresstest zur Versorgungssicherheit hin, den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Auftrag gegeben hatte. Demnach, erfuhr das Handelsblatt aus Branchenkreisen, könnte es sinnvoll sein, zwei der drei noch aktiven Meiler zum Jahresende nicht vom Netz zu nehmen.

50Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW, die vier Betreiber der Stromübertragungsnetze, haben den Stresstest erstellt. Die Ergebnisse erhielt Energiestaatssekretär Patrick Graichen am Mittwoch. Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium gehen davon aus, dass sich Habeck nun für den befristeten Weiterbetrieb der Meiler Isar 2 und Neckarwestheim 2 entscheidet.

„Es spricht viel dafür, dass daran kein Weg mehr vorbeiführen dürfte“, sagte ein hoher Beamter. Offiziell bestätigte das Ministerium dies bislang nicht. „Es gibt kein finales Stresstest-Ergebnis, somit gibt es auch keine Schlussfolgerungen“, sagte eine Ministeriumssprecherin.

Habeck hatte die vier Unternehmen im Juli beauftragt, den Test durchzuführen. Damit reagierte er auf politischen Druck, angesichts der Engpässe bei russischem Gas alle verfügbaren Energieträger zu nutzen. Eigentlich, so hatte die Bundesregierung es 2011 beschlossen, sollten Ende 2022 alle Atommeiler vom Netz sein. Ein erster Stresstest hatte im Frühjahr ergeben, dass die Versorgungssicherheit auch ohne Atomkraft gewährleistet ist. Für den zweiten Stresstest wurden die Annahmen verschärft. J. Olk, K. Stratmann

### Weiterbetrieb rückt näher

Der Stresstest folgt drei unterschiedlichen Szenarien. Sie unterscheiden nach Gasversorgungslage, der Strompreisentwicklung und den Erzeugungskapazitäten der französischen Kernkraftwerke. Deren Einsatzbereitschaft ist wichtig für die Versorgungssituation in

Deutschland, weil sie unter bestimmten Bedingungen dabei helfen können, Engpässe auszugleichen. Produzieren sie, wie seit Wochen schon, deutlich weniger Strom als sonst, braucht Deutschland wiederum mehr eigene Kapazitäten.

In Branchenkreisen heißt es, zwei der drei Szenarien legten „positive Effekte“ eines Weiterbetriebs der beiden Reaktoren in Süddeutschland nahe. Nur in dem Szenario, das mit den günstigsten Annahmen arbeitet, mache der AKW-Weiterbetrieb keinen großen Unterschied.

Das Szenario mit den ungünstigsten Annahmen hingegen sei ein „echter Worst Case, den man sich gar nicht vorstellen will“. Berichte, das Bundeswirtschaftsministerium habe versucht, günstigere Annahmen für den Stresstest durchzusetzen und somit eine Empfehlung für einen vorläufigen Weiterbetrieb zu verhindern, seien „Quatsch“, heißt es in Branchenkreisen.

Der Test befasst sich ausschließlich mit einem Streckbetrieb der drei Kraftwerke Neckarwestheim 2, Isar 2 und Emsland. Von Streckbetrieb ist die Rede, wenn die vorhandenen Brennstäbe – bei kontinuierlich sinkender Leistung – noch für einige Wochen oder bis zu drei Monate über ihre geplante Lebensdauer hinaus genutzt werden. Insofern adressiert der Test nur die Lage im Winter 2022/23.

Der zweite Test trägt insbesondere den schwierigen Bedingungen im Süden Deutschlands, gerade in Bayern, Rechnung. Dort ist gesicherte Kraftwerksleistung knapp. Von gesicherter Leistung spricht man, wenn Stromerzeugungskapazitäten planbar eingesetzt werden können. Das ist etwa bei Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken der Fall – anders als bei erneuerbaren Energien, deren Erzeugungslleistung volatil und nur begrenzt prognostizierbar ist.

Wenn im Süden die beiden Atomkraftwerke – Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg – zum Jahresende 2022 abgeschaltet würden, würde

ein erheblicher Teil der gesicherten Kraftwerksleistung in den beiden Bundesländern wegfallen. Die Kohlekraftwerke im Süden reichen nicht aus, um dies zu kompensieren. Gaskraftwerke wiederum könnten in Zeiten einer eingeschränkten Gasversorgung Probleme bekommen. Zugleich fehlt es an Stromübertragungsleitungen, die die Versorgung des Südens mit Windstrom aus dem Norden sicherstellen könnten.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wirbt daher vehement für eine Verlängerung der Laufzeiten: „Wir brauchen endlich eine Entscheidung. Die Kernkraft muss in Deutschland weiterlaufen. Nicht nur Isar 2, sondern auch die weiteren beiden jetzt noch aktiven Kraftwerke – und nicht nur als Streckbetrieb, sondern mit neuen Brennstäben für eine befristete Dauer“, sagte Söder dem Handelsblatt.

Söder will sogar für eine Übergangszeit auch die drei Kraftwerke wieder reaktivieren, die im vergangenen Jahr als bislang letzte vom Netz gegangen sind. „Es reicht nicht, wenn wir knapp über diesen Winter kommen, denn die Energieprobleme werden laut Experten sogar zunehmen und noch deutlich länger andauern. Daher müssen wir jetzt Vorsorge treffen“, sagte Söder.

### **Bei den Grünen wächst die Kompromissbereitschaft**

Unterstützung erhält Söder von der bayerischen Wirtschaft. Diese fordere, „die drei bestehenden Kernkraftwerke für eine begrenzte Zeit weiter am Netz zu lassen, mindestens bis zum Ende der Heizperiode 2023“, sagte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW).

„Wir haben heute schon ein Angebotsproblem auf den europäischen Strommärkten, das sich sonst zu verschärfen droht, zu extrem hohen Strompreisen führt und auch die Versorgungssicherheit gefährdet“, warnte Brossardt. In Bayern sei das Übertragungsnetz nicht ausreichend ausgebaut, um ohne Netzengpässe Strom aus dem Norden nach Bayern zu transportieren.

„Der kommende Winter wird daher eine ernste Belastungsprobe für die Energieversorgung. Deswegen brauchen wir einen breiten Energiemix. Die grundlastfähige Kernkraft ist hier eine wichtige Säule“, sagte er. „Wir halten auch einen Betrieb der Kernkraftwerke bis ins Frühjahr 2024 für richtig. Für diesen Zeitraum ist es mit einem Streckbetrieb allein aber nicht getan“, sagte er. Denn dann müssten die Betreiber neue Brennstäbe kaufen.

Mit der Forderung, statt eines Streckbetriebs für bis zu drei Monate gleich einen Brennstabwechsel anzustre-

ben, dürften Söder und Brossardt auf großen Widerstand stoßen. Wirtschaftsminister Habeck wird bereits viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, wenn er seine Partei dazu bewegen will, beim Streckbetrieb mitzuziehen.

Zwar mehrt sich die Zahl der Grünen, die einen solchen Kompromiss eingehen würden. Der Ersatz der alten Brennstäbe durch neue würde aber einen Weiterbetrieb der Reaktoren für bis zu fünf Jahre ermöglichen. Das ist aus Sicht großer Teile der Partei nicht vertretbar.

Die Grünen-Spitze scheint sich beim Thema Laufzeitverlängerung aktuell nicht festlegen zu wollen. Im Entwurf des Leitantrags des Bundesvorstands für den Parteitag im Oktober taucht das Thema nicht auf. Zur Begründung heißt es, erst wenn der Stresstest vorliege, wolle sich der Bundesvorstand zusammen mit der Bundestagsfraktion beraten.

Söders Forderung nach einer Reaktivierung der drei im vergangenen Jahr abgeschalteten Kernkraftwerke würde sogar in den eigenen Reihen auf Widerstand stoßen. So gehörten zu den Ende vergangenen Jahres abgeschalteten Kernkraftwerken etwa der Reaktor in Brokdorf in Schleswig-Holstein. Der dortige Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) lehne ein Wiederanfahren ab, da dann zugleich Windkraft vom Netz genommen werden müsste, hieß es in der Partei.

Diese Woche hatten die regierende CDU und ihr Koalitionspartner, die Grünen, im Landtag Forderungen abgelehnt, das Kraftwerk zu reaktivieren. Günther selbst verweist darauf, in seinem Bundesland werde bereits eineinhalbmal so viel Strom aus Windkraft produziert wie ehemals in dem Atomkraftwerk.

Und am Kernkraftwerkstandort Grohnde in Niedersachsen hat der Rückbau des Ende 2021 stillgelegten Reaktors bereits begonnen, sodass auch hier ein Wiederanfahren unrealistisch erscheint. „Da Teile der Anlage sich offenbar bereits im Prozess der Dekontamination befinden, ist der Aufwand auch unter Sicherheitsaspekten eigentlich zu groß, um das AKW wieder in Betrieb zu nehmen“, hatte der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) Ende Juli erklärt.

In der Berliner Ampelkoalition wirbt insbesondere die FDP für eine Laufzeitverlängerung. „Die Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung ist längst keine rein technische mehr, sondern vor allem eine politische. Die Energiemärkte spielen verrückt, weil große Sorge vor Energieengpässen besteht“, sagte Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. In dieser Lage sei es wichtig, dass

die Bundesregierung für Versorgungssicherheit Sorge und dafür eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke beschließe.

„Deutschland braucht im Winter eine stabile Energieversorgung, dafür sollte Wirtschaftsminister Habeck

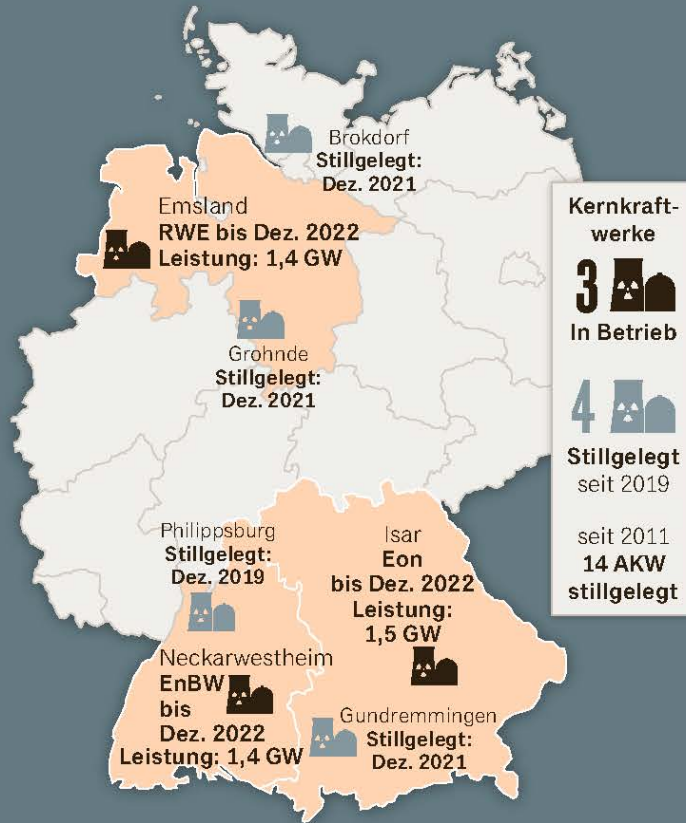
jetzt sorgen“, sagte Kruse.

#### **ZITATE FAKTEN MEINUNGEN**

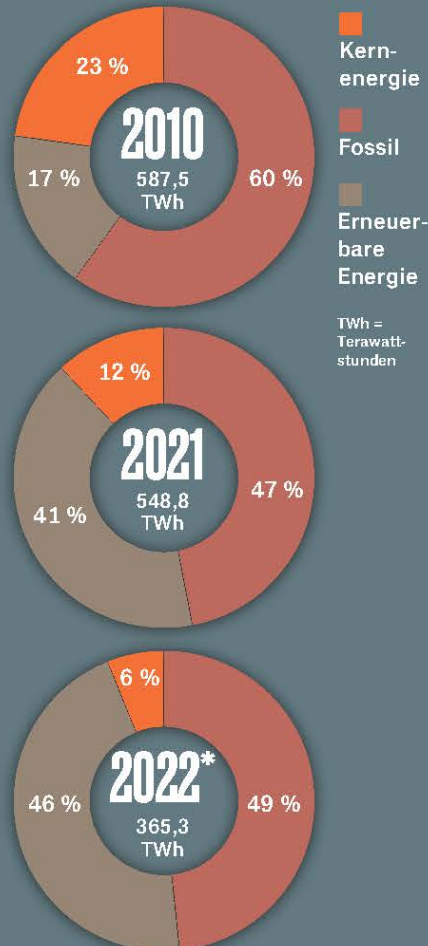
**”Es reicht nicht, wenn wir knapp über den Winter kommen.” - Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern**

## Auslaufmodell

Eigner der laufenden Atomkraftwerke  
mit Bruttonennleistung in Gigawatt (GW)  
und Abschaltzeitpunkt



Gesamte Nettostromerzeugung  
in Deutschland, Anteil nach  
Erzeugungstechnologie



Handelsblatt Nr. 170 vom 02.09.2022  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.